



Online-Ausgabe

Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 41 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'082'000  
Page Visits: 14'925'753

**Online lesen**

Themen-Nr.: 200.011  
Abo-Nr.: 1093893

## Andere Richter für die Schweiz

Der Bundesrat ist bereit, die Richter der EU zu akzeptieren. Energieministerin Doris Leuthard kehrt nun mit einer Alternative aus Brüssel zurück: Die letzte Instanz könnte auch der Efta-Gerichtshof sein.



Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga steht heute in Brüssel ein Sitzungsmarathon bevor. Foto: Keystone

Von Anja Burri und Stephan Israel Bern BrüsselBernhard Ott Bern

01:30

Heute Montag trifft Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga die Spitzen aller drei EU-Institutionen: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, EU-Ratspräsident Donald Tusk und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. Sie wird diese Treffen nutzen, um über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zu diskutieren und den Spielraum der Schweiz auszuloten. Entschieden, wie er den Verfassungstext umsetzen will, hat der Bundesrat letzte Woche noch nicht. Bisher hat sich die EU auch geweigert, mit der Schweiz über die Personenfreizügigkeit zu verhandeln.

Trotz dieser schwierigen Ausgangslage ist Aussenminister Didier Burkhalter optimistisch: «Es gibt Zeichen, dass die EU zu Diskussionen über die Migration bereit ist», sagte er im Interview mit dem «SonntagsBlick». Die Schweiz habe allerdings einen langen, harten Weg vor sich. Zu den bundesrätlichen Umsetzungsideen äusserte er sich nicht. «Mit Kontingenten soll die Zuwanderung gesteuert werden. Und mit dem Ausland soll eine Zuwanderungsbeschränkung ausgehandelt werden», sagte er nur.

Hoffen auf Schutzklausel

Eine Umsetzungsidee erhielt gestern von anderer Seite neuen Schub: die sogenannte Schutzklausel.



Online-Ausgabe

Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 41 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'082'000  
Page Visits: 14'925'753

Themen-Nr.: 200.011  
Abo-Nr.: 1093893

Demnach soll der Bundesrat die Personenfreizügigkeit mit der EU unangetastet lassen, aber gleichzeitig eine Obergrenze für die jährliche Einwanderung definieren. Erst wenn diese Obergrenze überschritten würde, kämen Kontingente zum Zug. Laut «SonntagsZeitung» hat auch Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann die Schutzklausel an der letzten Bundesratssitzung eingebracht. Diese wird unter anderem vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse gefordert. Sommaruga dürfte heute sondieren, ob die Option einer Schutzklausel überhaupt eine Chance hat.

Bereits mit neuer Hoffnung aus Brüssel zurückgekehrt ist Energieministerin Doris Leuthard. Sie war vergangene Woche zu EU-Energieminister Miguel Arias Cañete gereist, um die blockierten Verhandlungen über das Stromabkommen in Gang zu bringen. Diese stecken fest, weil die EU und die Schweiz bei den sogenannten institutionellen Fragen bisher nicht zum Abschluss gekommen sind. Die EU will der Schweiz neuen Marktzugang nur gewähren, wenn klar ist, wie künftig Streitfälle beizulegen sind. Der Bundesrat hat sich bereits 2013 für die Option mit dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) als Streitschlichter entschieden.

Nach Leuthards Besuch in Brüssel kommt nun wieder eine andere Instanz ins Spiel, nämlich der Gerichtshof der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) in Luxemburg: Der EU-Energieminister habe eine Lösung vorgeschlagen, wie sie die EU mit dem Nicht-EU-Mitglied Norwegen habe, sagte Leuthards Kommunikationschef Dominique Bugnon der «Schweiz am Sonntag». Der Efta-Gerichtshof entscheidet bereits in Streitfragen zwischen den EWR-Mitgliedern Norwegen, Island, Liechtenstein und der EU.

Während ein Sprecher des Energiedepartements (Uvek) den Bericht der «Schweiz am Sonntag» bestätigte, wurde in Brüssel ein solcher Vorschlag dementiert. Man warte auf konkrete Ideen, wie die Schweiz die Streitschlichtung beim Energieabkommen regeln wolle.

Nur Zwischenlösung

Möglicherweise hat Doris Leuthard den Auftritt in Brüssel geschickt genutzt, um die Option mit dem Efta-Gerichtshof wieder zu beleben. Exponenten der CVP haben in den vergangenen Monaten immer wieder kritisiert, dass der Bundesrat in seinem Verhandlungsmandat einst die Weichen für den EuGH als Streitschlichter gestellt hatte. Entsprechend erhielt CVP-Bundesrätin Leuthard Unterstützung aus ihrer Partei. Die Schweiz sei Mitglied der Efta, sagt CVP-Präsident Christophe Darbellay. Der EuGH hingegen sei eine Institution der EU.

Der innerschweizerische Konflikt dürfte die Diskussionen mit Brüssel nicht vereinfachen. Die EU will der Schweiz ab Juni vorläufig Zugang zum neuen Strombinnenmarkt gewähren, wenn es eine Einigung zur Streitschlichtung gibt. Der Zugang wäre aber Ende 2016 automatisch wieder hinfällig, wenn die Schweiz bis dann das institutionelle Rahmenabkommen nicht ratifiziert hat. Auf zwei verschiedene Schiedsrichter für die Abkommen mit der Schweiz dürfte sich die EU dabei kaum einlassen. (Tages-Anzeiger)(Erstellt: 01.02.2015, 22:25 Uhr)

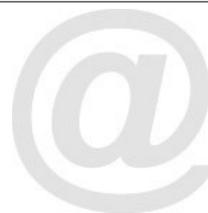
Von Anja Burri und Stephan Israel Bern BrüsselBernhard Ott Bern

01:30

Stichworte

EU-Debatte

Doris Leuthard



Online-Ausgabe

Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 41 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'082'000  
Page Visits: 14'925'753

**Online lesen**

Themen-Nr.: 200.011  
Abo-Nr.: 1093893

## Europäischer Gerichtshof

Efta

Bilaterale sind wichtig

Das zeigt Umfrage zur EU-Beziehung

Wenn nicht beides zu haben wäre, würden die Stimmberechtigten die Beibehaltung der bilateralen Verträge mit der EU wichtiger finden als die Umsetzung der SVP-Zuwanderungsinitiative. Das geht aus einer in der «Sonntagszeitung» veröffentlichten Umfrage hervor, die der Wirtschaftsverband swisscleantech in Auftrag gegeben hatte. Das Forschungsinstitut gfs.bern hatte die Umfrage unter 1213 Stimmberechtigten bereits im November durchgeführt. 58 Prozent würden sich für die Bilateralen und gegen Zuwanderungsbeschränkungen aussprechen. 35 Prozent würden auf einer Umsetzung der Initiative ohne Abstriche beharren, wie das die SVP fordert. 7 Prozent der Befragten gaben «weiss nicht» zu Protokoll. Überhaupt zogen die Befragten eine positive Bilanz aus den Bilateralen. 71 Prozent erachteten die Verträge als «sehr gut» oder «eher gut» für die Schweiz. Die Unterstützung zog sich durch die Geschlechter, Landesteile, Altersgruppen sowie Stadt und Land. Für eine weitere Annäherung an die EU votierten 52 Prozent, 21 Prozent waren dagegen. 82 Prozent wollten bei der Weiterentwicklung des EU-Rechts mitreden. Swisscleantech unterstützt die Initiative «Raus aus der Sackgasse», welche die SVP-Zuwanderungsinitiative rückgängig machen will. Bereits eine am 23. Dezember veröffentlichte und im Auftrag des Westschweizer Magazins «L'Hebdo» erstellte Umfrage war zu ähnlichen Resultaten gekommen. Dort räumten 69 Prozent der Befragten den Bilateralen vor Kontingenten Priorität ein. (sda)